

Polen und die International Labour Organisation (ILO) in der Zwischenkriegszeit

Natali Stegmanns aktuelles Forschungsprojekt möchte die Geschichte von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Polen an der Schnittstelle von nationaler, internationaler und lokaler Politik beleuchten. Es geht von der Beobachtung aus, dass die dortige Sozialpolitik in zweifacher Hinsicht transnational präfiguriert war, nämlich erstens durch das institutionelle Erbe der deutschen und der österreichischen Sozialversicherungssysteme in den jeweiligen Teilungsgebieten und zweitens durch die enge Verzahnung der staatlichen Wiedergründung mit der Versailler Ordnung.

Der Versailler Vertrag proklamierte nicht nur das Ende der vormaligen Großreiche, sondern auch die Vision einer neuen internationalen Ordnung, die zur Erhaltung des Friedens soziale Gerechtigkeit gewährleisten sollte. Diese spezifische Utopie eines „sozialen Friedens“ sollte insbesondere im Rahmen der ILO verwirklicht werden, die 1919 gegründet und als eine eigenständige Abteilung des Völkerbunds etabliert wurde. In der schnell wachsenden Forschung zur Geschichte der ILO stellen die Länder Ostmittel-, Südost- und Osteuropas bislang einen blinden Fleck dar. Es tut sich hier nicht nur ein großes Forschungsfeld auf, vielmehr richtet eine nähere Untersuchung der Zusammenhänge den Blick auch auf die Geschichte internationaler Solidaritätsoptionen, die in dieser Kombination nur in der Region galten und die bislang weder in der Forschung noch der Politik hinlänglich Beachtung gefunden haben. Polen bietet sich für eine nähere und differenzierte Betrachtung besonders an, da es auf seinem Staatsgebiet unterschiedliche Traditionen und Entwicklungslinien vereinte. Dies betrifft nicht nur das Zusammentreffen von „Post-Habsburg“ und „Versailles“, vielmehr ergeben sich auch zwischen den ehemaligen Teilungsgebieten vielversprechende lokale Vergleichsmöglichkeiten. Darüber hinaus stand die Anlehnung an die Versailler Ordnung innen- und außenpolitisch in einem komplexen und ambivalenten Verhältnis zum polnisch-bolschewistischen Grenzkrieg (1919 bis 1921). Mit dem Staatsstreich Piłsudskis 1926 und der Etablierung eines semi-demokratischen autoritären Regimes stellt sich außerdem die Frage, welchen Einfluss dieser Politikwechsel auf die Ausgestaltung nationaler und internationaler Sozialpolitik hatte. Das Projekt richtet den Blick vor allem auf Akteure, deren Netzwerke und Zusammenkünfte sowie Themen (ILO Konventionen und ihre Ratifizierung, Arbeitsinspektion, Sozialversicherungen und Arbeitslosigkeit). In einem zweiten Schritt würde ich das Thema gerne in die Zeit des Kalten Krieges und darüber hinaus weiterverfolgen.